

Märkische Oderzeitung
02.07.2010

Neues Institut analysiert Sicherheitslage

Rüstungskonzerne an Gründung beteiligt

VON MATHIAS HAUSDING

Potsdam (MOZ) Eine neue Einrichtung an der Universität Potsdam will Antworten auf potenzielle Bedrohungslagen wie etwa Naturkatastrophen oder Terroranschläge finden. Am Brandenburgischen Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) sind neben der Uni und dem Land auch Konzerne wie EADS und Rolls Royce beteiligt.

Der Rahmen für die gestrige Eröffnungsveranstaltung auf dem Campus Griebnitzsee war klug gewählt. Da es bislang weder einen klaren Arbeitsauftrag noch ein Forschungsprogramm für das Institut gibt, startete man dieses neue Kapitel in der märkischen Wissenschaftslandschaft mit einer Podiumsdiskussion. Hochkarä-

tigste Vertreter auf dem Podium war Stefan Zoller, Leiter der Abteilung Verteidigung und Sicherheit beim europäischen Rüstungskonzern EADS.

Seit dem Ende des Kalten Krieges sei man mit neuen Bedrohungsszenarien konfrontiert, analysierte Zoller. Deutschland sei hier keine „Insel der Glückseligkeit“, auch wenn sich die Mehrheit der Menschen sicher fühle. „Wir werden das Schlechte in der Welt nicht ausradieren können“, sagte Zoller. Deshalb sei es höchste Zeit, aktuelle Sicherheitsprobleme zu erforschen und in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Darin sieht Zoller die Hauptaufgaben des BIGS. „Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit und keinen Wohlstand.“

Der Vollständigkeit halber fügte er hinzu, dass das Thema Sicherheit für EADS auch ein Geschäft ist. An diesem Punkt sah

Sabine Kunst, die Präsidentin der Uni Potsdam, Erklärungsbedarf. „Uns ist klar, dass diese Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft auch misstrauisch verfolgt wird“, sagte sie. „Es wird wichtig sein, das Institut mit hoher Transparenz zu betreiben.“ Auch BIGS-Gründungsdirektor Professor Dieter Wagner nannte diese Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft „einen heiklen Punkt“. Außerdem gebe es gegenüber Rüstungskonzernen nach wie vor Vorbehalte. Er verwies an dieser Stelle auf einen wissenschaftlichen Beirat, der das Institut begleiten werde. „Wir werden keine pure Auftragsforschung machen“, versicherte er. Wagner betonte, dass man sich weitere Firmen zum Beispiel aus dem Softwarebereich wünsche, die sich am Institut beteiligen.

Zum Leitbild der unabhängigen und nicht-gewinn-orientierten Einrichtung gehört, Brücken zwischen Theorie und Praxis zu bauen, um die zivile Sicherheit zu erhöhen. Wie Jürgen Storbeck, Abteilungsleiter im Brandenburger Innenministerium, berichtete, habe sein Haus dem Institut bereits einen ersten Auftrag erteilt. So soll das BIGS eine Studie zur Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr erarbeiten, Defizite aufzeigen

und Handlungsfelder aufzeigen. Im

kommenden Wintersemester will das Institut zudem eine Ringvorlesung an der Uni Potsdam zum Thema „Zivile Sicherheit“ anbieten. „Sicherheit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem“, sagte Storbeck. „Für das neue Institut kommt es nun darauf an, langfristige Ziele zu definieren“, forderte er. Das Land nehme mit der Beteiligung an der bundesweit einmaligen Einrichtung eine Aufgabe wahr, die es den anderen Bundesländern im Rahmen der Innenministerkonferenz zugesichert habe. „Die Forschungsergebnisse fließen in die Politik ein.“

Rudolf Schwarz, Geschäftsführer der ebenfalls am Institut beteiligten Sicherheitsfirma IABG, räumte ein, dass es bislang schwierig sei, „für das Thema Sicherheit Gehör zu finden“. Da die Bevölkerung keine Bedrohung fühle, sei es Aufgabe des Staates, „für eine Akzeptanz von Sicherheitstechnik zu sorgen“, erklärte er mit dem Verweis etwa auf umstrittene Sicherheitstechnik an Flughäfen. Stefan Zoller ergänzte: „Wir müssen aus der Schmutzdecke raus und uns der Diskussion stellen.“ Und noch auf einem anderen Feld gebe es Nachholbedarf: „Uns fehlen Mitarbeiter, die etwas von Sicherheit verstehen“, sagte Zoller. (Mit Adleraugen)

Märkische Oderzeitung
02.07.2010

Sicherheitsinstitut Fuß in der Tür

Die Anschläge auf Vorortzüge in Madrid liegen sechs Jahre zurück. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass Terroristen erneut etwas Ähnliches planen, vielleicht dies-

mal in Deutschland. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, das Thema Sicherheit nicht zu vernachlässigen.

Ob allerdings die Einrichtung einer Einrichtung wie der Universität Potsdam hier der richtige Schritt ist, darf bezweifelt werden. Bei der Vorstellung des Projekts konnten die Initiatoren

außer Allgemeinplätzen wie „Sicherheit geht uns alle an“ kein Argument liefern, warum die Partnerschaft zwischen Rüstungskonzernen und einer Uni für die Allgemeinheit sinnvoll sein soll.

Eher scheint es, als wollten die Firmen nah zum Sitz der Bundesregierung einen Fuß in die Tür bekommen, Lobbyarbeit der anderen

Art betreiben, um ihre Produkte an den Mann zu bringen. Auch die Nachwuchsgewinnung spielt eine Rolle. Die Verantwortlichen haben nun immerhin die Chance, mit der selbst beschworenen Transparenz kritische Geister eines Besseren zu belehren.

MATHIAS HAUSDING